

DER KREBS DES TERRORS

Weltweit sind derzeit 90 Millionen Flüchtlinge unterwegs. Das ist noch gar nichts im Vergleich zu dem, was in den nächsten 20 Jahren passieren könnte. Und noch viel mehr Menschen könnten auf humanitäre Hilfe angewiesen sein. Allein am Horn von Afrika, in Äthiopien, Somalia und Kenia benötigen derzeit mehr als 15 Millionen Menschen humanitäre Hilfe. Die Organisation Oxfam appellierte Mitte 2019 an die Staatengemeinschaft, mehr zu tun.⁵⁰⁷ Die Spendenaufrufe kommen in erschreckender Regelmäßigkeit. Im August 2022 vermeldete UNICEF, dass die Zahl der Kinder, die in diesen drei Staaten an Hunger und Durst leiden, innerhalb von zwei Monaten um 40 Prozent zugenommen habe. Die Krise am Horn von Afrika ist laut UNICEF eine Kombination von Faktoren, die mit den politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten zu tun hätten. Wassermangel spiele dabei ein zentrales Problem, hieß es schon 2012.⁵⁰⁸

Afrika bietet in Sachen Wasserkonflikte praktisch alle Facetten.⁵⁰⁹ Wo lange Bürgerkriege herrschen, entwickeln sich florierende Kriegsökonomien, die aber nur den wenigsten zugutekommen.⁵¹⁰ Man denke nur an die „Blutdiamanten“ in der DR Kongo und die Verflechtungen von Mitgliedern schwacher Regierungen und ihrer Clans und gegenseitige Abhängigkeiten, die sich entwickeln.⁵¹¹ Es ist ein abenteuerliches Gemisch aus Rebellen, Guerilla, Paramilitärs, Söldnern, Minen-, Wald- oder Plantagenbesitzern, Waffenschmugglern, Milizionären, Schutzgelderpressern, Warlords und Clans – verstrickt in ethnische und religiöse Konflikte.⁵¹²

In einer ganzen Reihe von Regionen und entlang der Flüchtlingsrouten, wo Hunger und Wassermangel herrschen und Auseinandersetzungen um Land und Wasser oft auf regionaler oder lokaler Ebene stattfinden, entfalten Terrorgruppen islamischer

Fundamentalisten ihre unheilvolle und destabilisierende Wirkung. Zerstörungen, Tote, Vergewaltigungen setzen neue Flüchtlingsströme in Gang. Die Al-Shabaab, die „Bewegung der jungen Mudschaheddin“ aus Somalia, eine islamistisch-militante Bewegung, die überall dort die Scharia einführt, wo sie herrscht, nistet sich in Kenia ein.^{513 514} Islamistische Gruppierungen wie Ansar Dine („Unterstützer des Glaubens“) in Mali, Al Kaida in Mali, im Maghreb, Niger und Burkina Faso und übergreifend auf den Senegal. Dazwischen trifft man auf Ableger des IS in Nigeria und natürlich die Terrorgruppe Boko Haram, die von Nigeria aus die Nachbarstaaten Niger, Tschad und Kamerun erfasst. Boko Haram, was so viel heißen soll wie „Westliche Bildung ist Sünde“, ist Nutznießer chaotischer Verhältnisse in Staaten und zwischen ihnen.

Auf der Münchner Sicherheitskonferenz werden seit Jahren auch Themen wie Klimawandel, Entwicklungs- und Umweltpolitik, Sicherung von Ressourcen und Strukturen sowie ihre Auswirkungen auf die Sicherheit behandelt. Im Februar 2020 sagte die damalige Greenpeace-Chefin Jennifer Morgan in München, der Klimawandel berge ein großes Risiko für die nationale und globale Sicherheit. Das erfordere eine neue Friedens- und Klimapolitik, die sich mit den extremen Wetterlagen, gravierender Wasserknappheit, unsicherer Nahrungsmittelversorgung, vielfältigen Ressourcenkonflikten und klimabedingter Migration befasst.⁵¹⁵ Sicherheit und Sicherheitspolitik muss heute viel umfassender gedacht werden als früher, wo es vor allem um den Schutz des Staatsgebietes vor militärischen Bedrohungen ging. Welche Kriterien spielen dafür eine Rolle? Die Globalisierung hat die Menschen zusammenrücken lassen und Abhängigkeiten vergrößert.

Die folgenreichste Auswirkung des Klimawandels sieht General a. D. Tom Middendorp, der frühere Chef der niederländischen Streitkräfte und jetzige Vorsitzende des International Military Council on Climate and Security (IMCCS), im Wasserstress und in Überflutungen. Während Wasser schon jetzt immer knapper

wird, wachse die Weltbevölkerung weiter, sagte er in München. Sage und schreibe 93 Prozent der für den ersten IMCCS-Bericht befragten Militärs und Experten für Klimasicherheit beurteilen Wasserknappheit als wesentlichen Treiber für Instabilität.⁵¹⁶ Die Erderwärmung ist ein „Bedrohungsmultiplikator“, der also andere Sicherheitsrisiken noch verstärken kann.

Dabei ist die institutionelle Schwäche von Staaten ein immer ernster zu nehmendes Konfliktrisiko. Alternative Herrschaftssysteme und ethnische, religiöse oder kriminelle Gruppen könnten sich regional die staatliche Autorität gewaltsam aneignen. In vielen Fällen lässt sich in Afrika, vor allem in der Sahelzone, und längst auch in Mittel- und Südamerika ein deutlicher Zusammenhang zwischen Bürgerkriegen und schwacher oder zerfallender staatlicher Ordnung erkennen. Der Staat kollabiert. Andere stoßen in dieses Vakuum vor oder füllen es ersatzweise aus. Scheiternde und gescheiterte Staaten sind eine Gefahr für die internationale Gemeinschaft und drohen, benachbarte Staaten mit in den Abgrund zu ziehen.⁵¹⁷ Fragile Regionen könnten aber auch in größeren Ländern entstehen, sagt Raimund Bleischwitz, beispielsweise in Indien. Inzwischen vernetzen sich Rohstoffkonflikte mit Wasser-, Landnutzungs- und Nahrungsmittelkonflikten.⁵¹⁸

Müssen, dürfen und können andere Staaten und Organisationen wie die Nato oder die Afrikanische Union mit oder ohne UN-Auftrag intervenieren? Was bedeutet eigentlich Scheitern oder Zerfall? Wir gehen immer von unseren westlichen, mitteleuropäischen Maßstäben und Kriterien aus. Häufig werden technische Voraussetzungen und Standards angelegt, wie sie bei uns gelten. Was bedeutet Rechtsstaatlichkeit genau? Was kann Diplomatie retten, wie kann, soll oder muss präventiv eingegriffen werden?⁵¹⁹ Die meisten afrikanischen Staaten sind keine Demokratien nach unseren Kriterien, sondern Autokratien, Diktaturen, Oligarchien. Inzwischen wird deshalb auch von limitierter

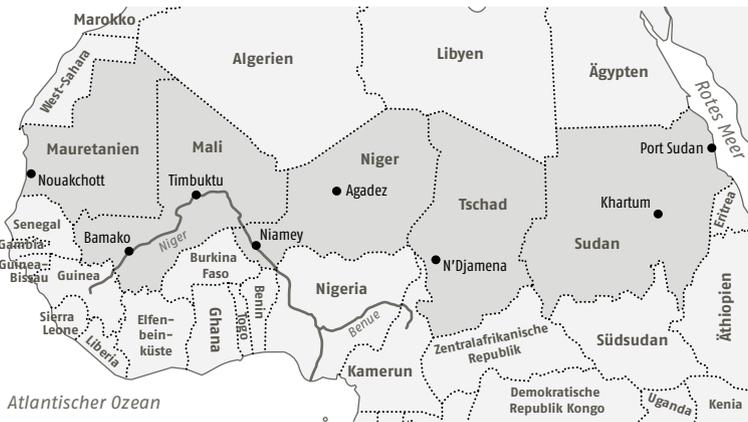
Staatlichkeit gesprochen.^{520 521} Das Beispiel Chinas zeigt, dass Aufstieg und Erfolg eines Entwicklungslandes nicht von der Staats- oder Regierungsform abhängen muss.

Wo Bürgerkriege bereits im Gange sind, wo Krieg herrscht, wo die Menschen schon innerhalb des Landes auf der Flucht sind und über die Grenze fliehen, wo Anarchie, Chaos, Terror und Angst das Leben bestimmen, wird es – wie die Beispiele Syrien und Libyen zeigen – immer schwieriger, das Töten und Zerstören aufzuhalten und Frieden zu bringen. Humanitäre Hilfe und Entwicklungspolitik benötigen ein sicheres Umfeld. Entwicklungspolitik und Sicherheit müssen Hand in Hand gehen, sie müssen vernetzt und koordiniert sein. Das hat die Bundesregierung nach den vielfältigen eigenen Erfahrungen und denen der Nato-Verbündeten auf dem Balkan, in Afghanistan, im Irak oder in Mali inzwischen erkannt. Was für den Staat gilt, gilt auch für viele Nichtregierungsorganisationen. Erkennen und womöglich die richtigen Schlüsse zu ziehen, bedeutet leider nicht, dass auch danach gehandelt wird.

Der Zusammenbruch Libyens und die Eskalation und Internationalisierung des Bürgerkriegs hat sich negativ auf die Stabilität der meisten Nachbarstaaten ausgewirkt. Vor allem, weil das Gaddafi-Regime in Libyen für den Bürgerkrieg Söldner in diesen Staaten angeworben hatte. Der Waffenschmuggel florierte nach der Nato-Intervention. Die Rückkehr der Söldner in ihre Heimatstaaten nach dem gewaltsamen Ende von Diktator Muammar al-Gaddafi trug den Kampf vor allem nach Mali und in den Sudan.

Gewalt in der Sahelzone

Die Sahelzone ist für Deutschland und Europa wegen der aus diesen Staaten an die Küsten wandernden Migranten von besonderem Interesse. In Mali wurde von einer internationalen Truppe mit deutscher Beteiligung ein Status quo aufrechterhalten. Die Stabilisierung der Regierung durch die MINUSMA-Mission



Das Band der Länder der Sahelzone.

(Mission multidimensionelle intégrée des Nations Unies pour la Stabilisation au Mali) der Vereinten Nationen und die Ausbildung von einheimischen Truppen und Polizeikräften könnte langfristig zur Stabilisierung des Staates beitragen.⁵²² Dazu gehört ganz elementar, dort eine funktionierende Wasserversorgung auf die Beine zu stellen. Für die Landwirtschaft, aber auch für Handwerk und Industrie ist das von existenzieller Bedeutung.

Der Sturz von Gaddafi 2011 und der Bürgerkrieg in Libyen haben explosionsartig Waffen und Söldner in der gesamten libyschen Nachbarschaft verteilt. Tausende von Söldnern aus den Sahelländern mussten Libyen verlassen.⁵²³ Sie nahmen ihre Kalaschnikows und Panzerfäuste mit. Sie konnten kämpfen und so schlossen sich viele von ihnen lokalen Gruppierungen in ihren Heimatstaaten an, in die sie oft über Umwege zurückkehrten. Es entstand eine ähnliche Situation wie in den 1990er Jahren, als die aus Afghanistan zurückkehrenden Dschihadisten wieder in ihre Heimatstaaten kamen und dort terroristische Zellen und Al Kaida-Ableger bildeten oder sich solchen Gruppierungen anschlossen, weil sie nichts anderes mehr konnten als das

Kriegshandwerk. An Waffen zu kommen ist in der Region eines der geringsten Probleme.

In der Sahelzone braut sich etwas zusammen, und Mali ist einer der Hotspots. Die Sicherheitskrise in dem riesigen, wüstenähnlichen Gebiet südlich der Sahara hat sich zuletzt wieder zugespitzt. Die Terrorismusbekämpfung hat es mit einer vielköpfigen Hydra zu tun. Hunderte von Angriffen mit Tausenden von Toten und Verletzten, darunter Zivilisten, Polizisten, Soldaten, sind seit dem Herbst 2019 in Burkina Faso, Niger, Tschad und Mali gezählt worden. Islamisten überfallen und töten – vor allem aus Niger und Mali kommend – Menschen in Burkina Faso. Die Zahl der Anschläge und Opfer nimmt zu. Allen diesen Staaten ist gemeinsam, dass ihre Regierungen nicht mehr die Kontrolle über alle ihre Territorien haben.⁵²⁴

2012 eroberten aus Libyen zurückkehrende Tuareg, die dort als Söldner beschäftigt waren, zusammen mit starken Dschihadisten-Verbänden in kürzester Zeit den Norden von Mali. Das Ziel der Berber-Tuareg war es, „ihr“ Azawad, also den Nordteil von Mali, endlich unabhängig zu machen.⁵²⁵ Hunderttausende von Menschen flüchteten in die Nachbarstaaten oder waren im Land selbst unterwegs. Man musste damit rechnen, dass der Siegeszug Richtung Süden fortgeführt wird. Unzufriedene Soldaten der malischen Armee putschten daraufhin gegen den damaligen Präsidenten Touré. Sie warfen ihm Versagen gegenüber den Tuareg-Rebellen vor. Dabei galt Mali bis zu diesem Putsch im Frühjahr 2012 als stabiler, ja sogar demokratischer Vorzeigestaat. Doch man ließ sich gerne täuschen, solange alles ruhig und vermeintlich stabil blieb. Der Fisch stinkt vom Kopf her. Die Entwicklungsgelder versackten in schwarzen Kanälen, Korruption von oben bis unten zerstört die Entwicklung und die Gesellschaft. Denn schon früher gab es in Mali mit großer Regelmäßigkeit schwere Auseinandersetzungen zwischen den viehzüchtenden, gut bewaffneten arabischen Berbern sowie den Bauern, die den

schwarzafrikanischen Volksgruppen angehörten. Zu ihnen zählen die Fulani (auch Fulbe oder Peul).

Bevölkerungswachstum, Armut und die Auswirkungen des Klimawandels, verbunden mit Wassermangel, Staatsversagen und Korruption – die Liste lässt sich in den Sahelstaaten fast beliebig verlängern – bilden ein explosives Gemisch. In Mali lässt sich sozusagen live mitverfolgen, was passiert, wenn der Staat die Menschen nicht erreicht oder überhaupt nicht erreichen will und sie auch nicht schützen kann. Die Wut der Menschen richtet sich gegen den Staat, von dem sie nicht wissen, was er eigentlich für sie tut.

Insbesondere junge Menschen, die keine Zukunft für sich sehen, schließen sich Dschihadisten an. Ihre Motive sind vor allem ökonomischer und sozialer Natur. Es geht um Perspektiven, den Schutz der eigenen Person und der Angehörigen, die Aussicht auf die Zugehörigkeit zu einer organisierten Gemeinschaft. Nicht zuletzt winkt ihnen Geld. Es sind also opportunistische und weniger ideologische, weltanschauliche Gründe, die sie in die Hände von religiösen Fanatikern treiben. In Europa oder zumindest in Berlin und Paris scheint man sich dieser Gefahr inzwischen bewusster zu sein. In der Regierungszeit von Kanzlerin Angela Merkel ging es leider zu oft nur darum, der Kritik von EU- und Nato-Partnern durch begrenztes Engagement entgegenzuwirken. Das galt auch für Mali.

So wurde in Mali unter großem Aufwand mit Mühe und Not zunächst der Status quo gehalten. Dann aber auch das nicht mehr. Die Gewalt im Land hat wieder zugenommen und auch die Nachbarstaaten Niger und Burkina Faso erfasst. Dazu schreibt Anna Schmauder, Junior Researcher bei Clingendael, dem Niederländischen Institut für Internationale Beziehungen⁵²⁶: Weder sei eine Stabilisierung Malis geglückt, noch konnte der Primat des Zivilen zementiert werden. Der Ansatz im Sahel müsse grundsätzlich überdacht werden. Nation Building bedeutet, dass staatliche Kapazitäten aufgebaut, politische Prozesse institutionalisiert und

transparent gemacht werden, beispielsweise Wahlen. Letztlich ist in Mali nur eine quasi-demokratische Fassade aufgebaut worden. Eine funktionierende und allseits anerkannte institutionelle Ebene mit akzeptierter Gewaltenteilung fehlt dort bis heute. Gerade der Fall Mali zeigt, dass es angesichts der vielen Probleme, von denen die Wasserversorgung nur eines ist, nicht ausreicht, Militär zu schicken.⁵²⁷

Terrororganisationen wie Jama'at Nasr al-Islam wal Muslimin (JNIM) oder der Islamische Staat Große Sahara (ISGS)⁵²⁸, ein Ableger der Terrormiliz IS beherrschen inzwischen weite Teile des Landes. Alle diese Gruppen instrumentalisieren ethnische Spannungen. Vor allem nutzen sie die Unzufriedenheit und wirtschaftliche Unsicherheit der jungen Menschen. Hilfsorganisationen, die sich um die Wasserversorgung, die medizinische Versorgung und die Umstellung der Landwirtschaft als Folge der Erwärmung kümmern, kritisieren den mangelnden Schutz der Zivilbevölkerung und unzureichende humanitäre Hilfe. Entscheidend ist, parallel zur Terrorbekämpfung, die Entwicklung des Landes und der ganzen Region. Und mit Blick auf das starke Bevölkerungswachstum ist es wesentlich, dass immer mehr Menschen in die Schulen gehen können, dass sie Ausbildungsplätze erhalten, einen Beruf erlernen und ihn ausüben können.⁵²⁹

Wassermangel spielt in Mali zwar noch keine herausragende Rolle, aber die zunehmende Trockenheit im Sahel wird absehbar zum akuten Problem. Der Zugang zu Wasser wird in dem Sahelstaat zunehmend zu einer finanziellen Frage. Wasserhändler verlangen in den Städten astronomische Summen. Jeder würde seinen Kindern natürlich gerne sauberes Wasser zu trinken geben, viele können es sich aber einfach nicht leisten. Und auch in Mali müssen Frauen und Mädchen in stundenlangen Fußmärschen das kostbare Nass in Eimern nach Hause tragen.⁵³⁰

Um ordentliche Lebensbedingungen zu schaffen, muss eine funktionierende Infrastruktur geschaffen werden. Die vielen

Kleinbauern müssen in die Lage versetzt werden, ausreichend Nahrungsmittel zur Versorgung der Bevölkerung produzieren zu können. Das ist das große Problem nicht nur in Mali, sondern fast überall in der Sahelzone.

In Mali sind bis zu 1350 Bundeswehr-Soldaten im Einsatz. Sie sind Teil der MINUSMA-Mission zur Stabilisierung des Landes und der EU-Ausbildungsmission EUTM Mali. Immer wieder kommt es zu Terroranschlägen gegen beide. Die FDP-Verteidigungspolitikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann forderte damals die Merkel-Regierung auf, eine ressortübergreifende Strategie für die Sahelzone zu entwickeln: „Es zeigt sich, dass die Bundesregierung keine Pläne hat, ihr Engagement in der Sahel-Zone strategisch zu fokussieren und die Arbeit des Auswärtigen Amtes, des Verteidigungsministeriums und des Entwicklungsministeriums abzustimmen und zu koordinieren.“^{531 532} Stattdessen wird mit nichtssagenden Parolen um sich geworfen. Bundesaußenminister Heiko Maas⁵³³ formulierte im März 2021 bei einer Sahel-Außenministerkonferenz schwammig-unkonkret: „Menschen schützen, Staaten stärken und so ein Fundament legen für nachhaltigen Frieden“. Das Afghanistan-Desaster demonstrierte, wohin solche Nullaussagen führen. Inzwischen steht die gesamte Mali-Mission vor dem Aus. Parallelen zu Afghanistan sind unverkennbar. Parallelen zu Afghanistan sind unverkennbar.

Krisenprävention

Dr. Gerrit Kurtz von der Stiftung Wissenschaft und Politik und zuvor Research Fellow für Krisenprävention und Diplomatie in Afrika bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, gibt zu bedenken: „Solange Terrorismusbekämpfung und Migrationskontrolle die ausschlaggebenden Motive für die Europäer sind, werden autoritäre Regime wie im Tschad und Niger oder angeschlagene Demokratien wie in Mali stets am längeren Hebel

sitzen.“ Er fordert, dass die Geber auch kreativer werden müssen, um schneller und agiler unter gefährlichen Bedingungen Projekte zu finanzieren. Die Idee eines speziellen Fonds der Sahel-Allianz geht seiner Meinung nach in diese Richtung, genauso wie die zivilen Stabilisierungsprojekte des Auswärtigen Amtes.⁵³⁴

Nach zehn Jahren in Mali müssen sich die Regierungen, die dort Recht, Ordnung und Sicherheit herstellen wollen, fragen, wo sie nun eigentlich stehen. Nach dem Debakel in Afghanistan wird immerhin verstärkt nachgedacht, was anders laufen müsste. Bei der Konferenz der Sahel-Koalition im März 2021 ging es um den Aufbau einer sogenannten Stabilisierungsfazität für den Zentralsahel, also Mali, Niger und Burkina Faso. Ähnliches ist bereits für Libyen und das Tschadseebecken beschlossen worden, wo mit 40 Millionen Euro unter anderem regionale Initiativen in Kooperation mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) aufgebaut oder unterstützt werden. Die Lebensumstände der Menschen sollen verbessert werden.⁵³⁵ Es sollen Krankenhäuser mit Materialien ausgestattet, die Wasserversorgung verbessert, die Abfallbeseitigung wieder aufgenommen und eine grundlegende Infrastruktur wie Schulen und Straßen wiederhergestellt sowie lokale Verwaltungsstrukturen gestärkt werden. Krisenprävention muss die umfassende Nutzung von Expertise von Fachleuten sowie von den Menschen vor Ort einschließen. Das bedeutet umgekehrt, in regelmäßigen Abständen Effektivität, Sinn und Nutzen der Hilfe und Maßnahmen zu hinterfragen und nachzusteuern. Geld alleine und die Gründung immer neuer Kommissionen und Gremien zur Entscheidungsfindung sind oft inhaltsloser Aktionismus, der allenfalls die Initiatoren beruhigt.

Es scheint immerhin eine Lehre aus den Erfahrungen in Afghanistan und dem Irak, dass die Herzen der Menschen in Mali gewonnen werden müssen. Aber wie? Geld zu verbuddeln, ohne dass gleichzeitig die politischen und staatlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, um das „nachhaltig“ zu machen, was

an ziviler Entwicklungs- und Aufbauarbeit geleistet wird? Das führt zu nicht enden wollenden Auslandsmissionen, bei denen es maximal darum geht, irgendwie mit großem finanziellem Einsatz den Status quo zu erhalten. Das kann nicht der Sinn solcher Unternehmungen sein. Die EU ist dort einer der größten Geldgeber. 13 Millionen Menschen in Mali sind auf humanitäre Hilfe angewiesen, zwei Millionen Menschen sind vertrieben worden. Sie haben kaum Wasser und Nahrung zur Verfügung. Die Hilfsorganisationen, die von der EU unterstützt werden, helfen bei der Nahrungsmittelsoforthilfe, der Wasser- und Sanitärversorgung, bei der Ernährung von Kindern und mit Gesundheitszentren und medizinischer Versorgung.

Das wesentlich kleinere Burkina Faso, was übersetzt „Vaterland der Aufrechten“ heißt, grenzt im Süden und Südwesten an Mali und gehört zu den allerärmsten Ländern der Erde. Viele Menschen aus Mali flüchteten dorthin. Im Osten hat Burkina Faso eine gemeinsame Grenze mit Niger, das ebenfalls mit dem sich ausbreitendem Terror zu kämpfen hat. Burkina Faso, das frühere Obervolta, ist ein Staat, in dem die Regierung zunehmend die Kontrolle über das Staatsgebiet verliert. Seit 2014 breitet sich Chaos aus. Islamisten aus den Nachbarstaaten nutzen die Schwäche der staatlichen Organe und des Militärs und stoßen in dieses Vakuum hinein. Es ist ein schleichender Prozess.

Angesichts des Versagens der Regierung bilden sich lokale Selbstverteidigungsgruppen. Sie übernehmen auf dem Land und fern der Hauptstadt den Schutz der Dörfer, oft gegen Bezahlung.⁵³⁶

⁵³⁷ Das ist im ersten Moment sicherlich besser, als überhaupt keinen Schutz mehr zu haben, aber solche Gruppen, fernab jeder staatlichen Kontrolle können sich verselbstständigen. Das ist hier der Fall. Diese Gruppen werden inzwischen selbst für schwere Menschenrechtsverletzungen und Massaker verantwortlich gemacht. Unterdessen sammeln sich in Burkina Faso immer mehr Flüchtlinge.^{538 539 540}

Das Wetter in Burkina Faso ist extremer geworden. Dürren und weiträumige Überschwemmungen vernichten bäuerliche Existenzen. Das Land ist schon lange nicht mehr in der Lage, sich selbst zu ernähren. Auch hier dringt die Wüste vor. Das verringert Acker- und Weideflächen. Die Bauern beschleunigen ungewollt die Wüstenbildung, wenn sie noch bewaldete Gebiete brandrodern. Das lässt frühere Aufforstungsprogramme ins Leere laufen. Etwa 80 Prozent der Einwohner von Burkina Faso sind Bauern. Mit ihrer traditionellen Art des Anbaus sind sie den radikalen Klimaänderungen nicht mehr gewachsen. Das alles verschärft die Spannungen zwischen Kleinbauern und Hirten – und die Weltgemeinschaft schaut mehr oder weniger nur zu.⁵⁴¹

Hinzu kommt ein weiterer, ganz entscheidender Aspekt: Militärische Auseinandersetzungen werden in Zukunft nicht mehr überwiegend um Erdöl und Erdgas ausgetragen, sondern um Rohstoffe wie Seltene Erden, die auf der Erde extrem ungleich verteilt sind. Dabei werden länderübergreifende Flusssysteme und Seen, deren Ufer sich mehrere Staaten teilen, aber auch Grundwasservorkommen, auf die mehrere Staaten Zugriff haben, zu immer größeren Spannungen führen. Das heißt, es könnte für Staaten sinnvoll sein, Grenzen zu verschieben, um Zugriff auf Wasser, urbares Land oder Rohstoffe zu erhalten. Bleischwitz spricht vom weltweiten Anstieg eines Ressourcen-Nationalismus. Treiber seien die Regierungen in China, Russland, Brasilien oder auch Indien sowie deren Rohstoffpolitik, die Bestandteil ihrer Sicherheitsstrategie sei.⁵⁴² Gerade im Falle Chinas gibt es Zielkonflikte zwischen Rohstoffbeschaffung und Autarkie sowie Klimaschutzbelangen.

Die größten Herausforderungen liegen heute weniger in der Stärke anderer Staaten als in deren Schwäche, heißt es in den deutschen Verteidigungspolitischen Richtlinien.⁵⁴³ Wie wir an Beispielen schon gesehen haben, erodieren solche Staaten, sie faulen von innen heraus und werden zum Spielball unterschiedlichster

Interessen im Innern wie von außen: Korruption und skrupellose Vetternwirtschaft, inkompetente Eliten und Verwaltungen, Verantwortungslosigkeit, Ressourcenverschwendung, Habgier, Kapitalflucht, gewaltsame innerstaatliche Konflikte und vieles mehr. Dort können sich ethnische, religiöse, kriminelle bewaffnete Gruppen zumindest lokal und regional durchsetzen – wie in Mali. Viele haben als Kriegsgewinnler ein Interesse daran, diesen desolaten Zustand zu erhalten, um ihren lukrativen Geschäften nachgehen zu können. Im Laufe solcher Konflikte kommt es zur Einmischung der Nachbarstaaten, die die Terroristen von ihrem Territorium abhalten oder sich gleichfalls Ressourcen im Nachbarland sichern wollen.

Beispiele dafür gibt es genug, und es gibt einen ganzen Strauß von Gründen. Der Sudan vor und schließlich auch noch nach der Spaltung, Libyen nach der internationalen Intervention, der Jemen, Syrien, Afghanistan, Somalia, die Zentralafrikanische Republik und zahlreiche andere Staaten, insbesondere in Afrika. Der Fund for Peace misst seit 2005 anhand verschiedener Kriterien die Zerbrechlichkeit oder die Neigung dazu in einem Index.⁵⁴⁴ Die äußerst ernüchternde Feststellung: Zwei Drittel aller Staaten sind mehr oder weniger gefährdet. Gerade in Nah- und Mittelost oder in Afrika haben die Kolonialherren mehr oder weniger willkürlich und ohne Rücksichtnahme auf ethnische oder religiöse Belange oder Clanstrukturen Grenzen gezogen, oft genug dort, wo es nie welche gegeben hat. Sie geben bis heute Anlass für eine Vielzahl von Problemen und Konflikten. Denken wir nur an das oft zitierte Sykes-Picot-Abkommen zur Grenzziehung im Nahen Osten oder die nach wie vor umstrittene und ethnische Siedlungsgebiete zerschneidende Durand-Linie zwischen Afghanistan und Pakistan.⁵⁴⁵ In Afrika kommt hinzu, dass es dort vorher keinerlei nationalstaatliche Strukturen wie in Europa gegeben hatte. Das gilt auch in vielen asiatischen Regionen.

Der Kampf um Wasserressourcen wird in den nächsten Jahren an Dynamik gewinnen. Schon seit der Jahrtausendwende beschäftigen sich die militärischen Planer in verschiedenen Staaten mit der Annahme, dass diese Konflikte zunehmen und künftig auch militärisch gelöst werden müssen. Wasser ist nicht Öl und nicht Kohle, nicht Gold oder Coltan. Wasser zu haben kann über Leben und Tod und den unmittelbaren Bestand eines Staates und Staatswesens entscheiden. Dem widerspricht auch nicht die Wahrscheinlichkeit, dass etliche der an Zahl zunehmenden Wasserkonflikte friedlich gelöst werden, weil Wasser eben nicht nur trennt, sondern auch zusammenführt.

Hilfe von außen kann Streitende und Unzufriedene an einem Tisch zusammenbringen. Oft fehlt es an solchen Initiativen, die Konflikte, die sich bereits hochgeschaukelt haben, wieder einfangen. Deutschland beispielsweise kann solche Gespräche in Gang bringen, moderieren und – wenn nötig – mit Vorschlägen in Gang halten. Was kaum öffentlich bekannt ist: Deutschland gibt für Konfliktprävention und -moderation sowie für Maßnahmen zur zivilen Friedensförderung mehr Geld aus als alle anderen Staaten. Hier zeigt sich allerdings auch, dass Geld alleine eben nicht der einzige Gradmesser für erfolgreiche Prävention sein kann. Wichtig ist, ob und was am Ende herauskommt. Was haben wir bisher erreicht? Stehen Mitteleinsatz und Ergebnis in einem gesunden Verhältnis? Was könnte verbessert werden, muss eventuell abgebrochen werden? Seit März 2022 gibt es als Folge des Ukrainekrieges bei der UN die „Global Crisis Response Group on Food, Energy and Finance“, an der sich Deutschland beteiligt.

Die Beispiele Afghanistan und Mali zeigen, dass es überhaupt keine Evaluationen gab, die als solche bezeichnet werden könnten. Das ist ein Versäumnis der Politik. Dasselbe gilt für die Zusammenarbeit innerhalb Deutschlands wie europa- und weltweit. Statt Koordination und Kooperation sowie gemeinsamer Abstimmung führen Konkurrenz, Ressortegoismus und fehlende

Expertise bis hinauf in die Spitze von Ministerien zu unnötigem Mitteleinsatz, Geldverschwendung und schlimmstenfalls zu sich gegenseitig aufhebenden Maßnahmen. In diesem Zusammenhang sei gesagt, dass Deutschland eine nationale Sicherheitsstrategie benötigt. Schon lange wird über einen Nationalen Sicherheitsrat, also eine Art von ständigem Krisenstab, diskutiert. Es ist an der Zeit, Nägel mit Köpfen zu machen.

Tod am Wasserloch

Konflikte zwischen Viehzüchtern und Bauern kennen wir hierzu-lande nur aus amerikanischen Westernfilmen. In vielen Ländern Afrikas sind sie brutale Realität. Wenn traditionelle Weidegründe verdorren und sich nomadische Viehzüchter neue Wege abseits traditioneller Wanderrouen suchen, sind Auseinandersetzungen genauso zwangsläufig, wie wenn durch Klimawandel vertriebene Kleinbauern auf der Suche nach neuem Land ihre Feldfrüchte anbauen, wo zuvor Viehherden durchzogen. So ist es im Jahrbuch des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI nachzulesen.⁵⁴⁶

Mehr als ein Dutzend Tote gab es bei einem eskalierenden Streit um ein Wasserloch, zahlreiche Tote beim Angriff auf ein Bauerndorf – die Reihe lässt sich beliebig fortsetzen. Mit der Tendenz zur schnelleren Gewaltanwendung. Wer das Land unter Kontrolle hat, kontrolliert auch das Wasser. Es geht um Existenzen. In aller Regel sind friedliche Vereinbarungen möglich, doch oft schaukeln sich solche Streitigkeiten entlang von ethnischen und nationalen Grenzen hoch. Noch sind es überwiegend kleine Gruppen, die da aufeinandertreffen. Es können allerdings auch gut bewaffnete Nomaden sein, die in bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen entsprechend ausgerüstet werden und sich so ihre Weideflächen und Wasserstellen gewaltsam zurückholen.

In Zeiten, in denen Nationalparks, Grenzen, private Felder und Ackerflächen die Landschaften zergliedern, in denen Zäu-

ne überall die nomadische Wanderung behindern, wird es für die Viehhirten immer schwieriger, ihren Lebensstil beizubehalten. Der Zugang zu öffentlichen oder privaten Wasserquellen, Brunnen oder Wasserlöchern wird schwieriger – und in längeren Dürrezeiten fast unmöglich. Früher haben sie gerade durch ihre Beweglichkeit auf ihren Wanderungen ausweichen können, wenn die Lebensbedingungen sich regional und jahreszeitlich änderten. Die Verluste aufgrund der Dürre waren so eher kalkulier- und tragbar. Unter halbwegs normalen Bedingungen ziehen die Hirten mit ihren Tieren den größten Teil des Jahres durch Gebiete, in denen die landwirtschaftliche Nutzung gering oder nahezu unmöglich ist. Es sind Steppen, Savannen, Halbwüsten und Wüsten. Oft ist ihre Lebensweise in diesen Gebieten laut einer Studie des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung die einzige nachhaltige Nutzungsform. Die intensive Landwirtschaft ermögliche zwar auch hier kurzfristig höhere Erträge, sei aber angesichts der Übernutzung des Bodens und der Wasservorkommen keine zukunftsfähige Option, heißt es. (Helmholtz Centre for Environmental Research 2014) ⁵⁴⁷

Angesichts der klimatischen und demografischen Entwicklungen in Afrika wird sich die Lage verschärfen. Überall auf dem afrikanischen Kontinent ändern sich die Bedingungen für die Nomaden in dramatischer Weise: in Kenia, Tansania, in der Sahelzone, am Horn von Afrika. Für etwa 150 bis 200 Millionen Menschen, die von der nomadischen und halbnomadischen Tierhaltung leben, ist diese pastorale Lebensweise nach wie vor die wichtigste Einnahmequelle. Viele betreiben heute allerdings zusätzlich in halbnomadischer Lebensweise auch Landwirtschaft oder gehen einer weiteren anderen Arbeit nach, um überleben zu können. Auch Bauern halten Vieh, wenn auch in wesentlich geringerer Zahl. Auch die Bauern müssen vor der sich ausbreitenden Wüste zurückweichen oder ihre Anbaufläche erweitern, weil mehr Menschen mehr Nahrungsmittel benötigen. Am Turka-

na-See im Norden von Kenia kommt es schon seit vielen Jahren fest regelmäßig zu blutigen Scharmützeln um Trinkwasser und Fischgründe.⁵⁴⁸ Das Omo-Tal und die Region des Turkana-Sees gehören zum Weltkulturerbe der UNESCO. Der Bau des riesigen Gibe-III-Staudamms am Omo verschärfte die Situation noch.

Die Nomaden werden weiterhin gebraucht. Ihre Rinder-, Kamel-, Ziegen- oder Schafherden werden als Fleisch- und Milchproduzenten benötigt, sie liefern auch Leder und Wolle. Ein Viertel des in Kenia verzehrten Rindfleisches stammt von Tieren, die über Hunderte von Kilometern aus Somalia stammen. Weil die Bevölkerung zunimmt, wird mehr Fleisch benötigt. Und es geht um Deviseneinnahmen durch den Export. Dazu würde mehr Weideland benötigt. Deutschland hat vielerorts mit dem klassischen Brunnenbohren, mit Kraftfutter, mit dem Bau kleiner Bewässerungskanäle, mit medizinischem Gerät, Medikamenten und durch den Aufkauf bedrohter Viehbestände geholfen.^{549 550}

Beispiele dieser Art gibt es viele. Auch im großen Pangani-Flussdelta in Tansania sind die Niederschläge spür- und messbar zurückgegangen.⁵⁵¹ Für die Zukunft erwarten Fachleute eine Fortsetzung dieser Entwicklung. Die starke Nutzung des Pangani-Wassers zur Bewässerung könnte zu Engpässen führen. Das war 2013 bereits der Fall, als Tausende Massai mit ihren Viehherden ins Delta zogen, wo sie auf die größtenteils armen Bauern trafen und es zu Auseinandersetzungen mit Todesopfern kam.

Machen wir einen kurzen Abstecher nach Somalia und Somaliland. Das heutige Somaliland am Horn von Afrika hatte sich 1991 einseitig von Somalia getrennt und für unabhängig erklärt. Im Gegensatz zu Somalia ist dieses Land, das von den anderen Staaten offiziell nicht anerkannt wird, ziemlich stabil geblieben.⁵⁵² Somaliland am Golf von Aden ist größtenteils von Äthiopien umschlossen.⁵⁵³ Harald Welzer liefert in seinem Buch „Klimakriege“ eine Studie über die Entstehung von Wasserkonflikten in Somalia.⁵⁵⁴ Danach kamen die nomadisierenden Viehhirten nicht mehr

an Brunnen, Wasserstellen und Nahrungsmittelhilfen heran. Das hatte Auswirkungen auf die Händler in Somalia, die das Vieh der Hirten aufkauften. Sie hatten diese Tiere üblicherweise in den Jemen und nach Saudi-Arabien weiterverkauft. Das ging nun nicht mehr, der Handel brach zusammen. Das sei fatal gewesen, schreibt Welzer, weil der Jemen von diesen Fleischlieferungen fast völlig abhängig war. Die Viehzüchter wiederum besorgten sich von Händlern Waffen, mit denen sie sich Zugang zu den Brunnen verschaffen wollten. Daraus sei die Gadabursi-Miliz entstanden, die sich bandenmäßig organisierte und raubte, Geiseln nahm und Wegezoll kassierte. Eine bestimmte Entwicklung bedingt die nächste. Der Staat war zu schwach, und es kam zu gewaltvollen Räumen. Das Machtmonopol in diesen Failing States geht auf andere Gruppen über, auf Milizen, Terroristen, Kriminelle.

Wie kann die Wasserversorgung für die Nomaden aufrechterhalten werden? Wie können solche Wasserstellen erhalten und geschützt werden, die nur saisonal benutzt werden? Wie kann verhindert werden, dass sich dort Bauern ansiedeln und die Weideflächen in Acker umwandeln? Wer managt das, wer bezahlt? Für die Viehhirten müssen eventuell neue Wanderrouten ausgewiesen, Weideflächen offen gehalten und – wo nötig – neue Wasserstellen angelegt werden. Das bedeutet eine ganz andere Art von Wasserversorgung als im Siedlungsraum der Dörfer und Städte.^{555 556}

Kibera in der kenianischen Hauptstadt Nairobi ist vermutlich das größte Slumviertel im afrikanischen Osten.⁵⁵⁷ Niemand weiß, wie viele Menschen dort tatsächlich leben. Es sind Hunderttausende, wenn nicht eine Million Menschen, die dort unter ärmlichsten Verhältnissen in Hütten wohnen, die aus Abfall und Müll zusammengenagelt werden und nur dürftig vor Nässe und Kälte schützen. Sie leben auf engstem Raum, die überwiegende Mehrheit ohne Wasser- und Abwasseranschluss. Entsprechend unhygienisch geht es zu. Das Wasser, das die Menschen dort oft zu überhöhten Preisen erhalten, speichern sie in Kanistern. Es muss

trotz mangelhafter Qualität zum Trinken und Kochen reichen, für mehr ist selten da. Krankheiten grassieren – auch deswegen, weil die Notdurft zwischen den Hütten erledigt wird. Die Fäkalien versickern schließlich und gelangen ins Grundwasser.⁵⁵⁸

Das ist schon schlimm genug. Noch schlimmer dürften die Langzeitwirkungen sein. In Afrika wächst in diesen Slums eine verlorene Generation heran.⁵⁵⁹ Viele Menschen, die flüchten, gelten als Wirtschaftsflüchtlinge. Natürlich gibt es viele, die einfach versuchen, nach Europa zu gelangen, weil sie ein besseres Leben suchen. Viele aber gehen, weil sich die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Lebensbedingungen aufgrund der klimatischen Veränderungen wie Dürren, Überschwemmungen oder Heuschreckenplagen dramatisch ändern und das Leben in der Heimat immer aussichtsloser machen.

Wir können hier nur beispielhaft Konflikte und Zusammenstöße nennen. Viele Konflikte ähneln sich. Während der großen Trockenheit 2012 gab es zahlreiche Tote bei Auseinandersetzungen zwischen den ansässigen Pokomo und den Oroma-Hirten am Tana, dem größten Fluss in Kenia.^{560 561} Viele Menschen flüchteten. Wasserzugang wird immer schwieriger für die Hirten – auch an den Flussufern. Denn auch sie sind nicht mehr zugänglich: Das Wasser wird in Kanäle zur Bewässerung der Felder abgeleitet. Das ist für sie gerade am Tana ein immer größeres Problem. Massai drangen mit ihren kleinen Herden auch schon in den Tsavo-Nationalpark ein und suchten dort nach Wasserstellen und Weiden.^{562 563}

Die Konflikte spitzen sich überall zu. Bei einem äußerst brutalen Überfall starben 2018 in Dorf Nkyie Doghwro in Zentralnigeria 27 Menschen.⁵⁶⁴ Die meisten hatten Schutz in einer Grundschule gesucht, die niedergebrannt wurde. In Nigeria kein seltenes Vorkommnis. In diesem Fall haben Viehzüchter und -hirten ein Dorf überfallen und die Bauern und deren Familien getötet. Oft ist es umgekehrt, wenn die Bauern die Viehhirten an den Wasserstellen abpassen und töten. Sie haben sich inzwischen

regelrecht organisiert und Bürgerwehren aufgestellt, die sich teils verselbstständigen.⁵⁶⁵

In Nigeria handelt es sich überwiegend um islamische Fulani, die Bauern im Südwesten von Nigeria, dem bevölkerungsreichsten Staat in Afrika, sind dagegen christliche Yoruba, die Angst davor haben, dass sich der Islam und womöglich fundamentalistische Terrorgruppen wie die Boko Haram bei ihnen ausbreiten. Verschärft hat sich dieser Gegensatz ab 2015 mit der Wahl eines Fulani – Muhammadu Buhari – zum Staatspräsidenten. Aufgrund der allgegenwärtigen Korruption, der Vetternwirtschaft und des Klientelismus wird ihm unterstellt, dass er konsequent die Fulani unterstützt und bevorzugt in Yoruba-Gegenden sesshaft machen möchte. Tatsächlich haben die jeweiligen politischen Führer, kaum an der Macht, ihre eigene Volksgruppe bevorzugt und in entscheidende Positionen im Staat gebracht und privilegiert. Das ist klassischer ethnischer Nationalismus. In Nigeria radikalisieren sich splatterische Tendenzen der Yoruba ebenso wie der Igbo. Die wenigsten werden sich noch an den dreijährigen und äußerst brutal geführten Bürgerkrieg um die Unabhängigkeit der Igbo in Biafra ab 1967 erinnern. Die internationale Gemeinschaft sollte darauf wie auf die desolate Lage im ölverdreckten Nigerdelta ein ganz besonderes Augenmerk legen. Hier droht eine erneute Gewaltexplosion.

Sträflisch vernachlässigt

Vor etwa 6000 Jahren besaß der Tschadsee eine Fläche fast so groß wie Deutschland heute. Der Wasserspiegel lag damals 40 Meter höher. Zwischenzeitlich war der See wohl auch einmal ganz versiegt. Heute ist er auf die Größe der Fläche von Berlin geschrumpft. Vor 1960 war er immerhin noch 25 000 Quadratkilometer groß.⁵⁶⁶ Dann aber setzten ihm anhaltende Dürren kräftig zu. Die ihn speisenden Zuflüsse brachten nicht mehr genug Wasser mit. Gleichzeitig verdreifachte sich die Bevölkerung am

See. Wer nach Grundwasser bohrt, muss inzwischen Hunderte von Metern hinunter.⁵⁶⁷

Die Tschadsee-Region ist in allen vier Anrainer-Staaten sträflich vernachlässigt worden. Mit dem Wasser verschwindet die Fischerei und damit die Lebensgrundlage vieler Menschen am See. Näher ans zurückweichende Ufer gebaute Dörfer und Hütten befinden sich schon nach wenigen Jahren wieder kilometerweit davon entfernt. Wo soll ein Fischer hin, wie soll er seine Familie ernähren, wenn das Wasser verschwindet und es keine Fische mehr gibt?

Der Tschadsee hat keinen Abfluss. Durch das Schrumpfen des Sees hat sich die Zahl der direkten Anlieger verringert.⁵⁶⁸ Tschad, Niger, Nigeria und Kamerun lagen ursprünglich alle am Tschadsee. Doch inzwischen ist er so klein geworden, dass Nigeria und Niger nun nicht mehr am Ufer liegen. Das Versiegen hat zu Konflikten der Anrainerstaaten geführt, und nun geht es um die Nutzung des ehemaligen Seebodens, der zu Feuchtgebieten und für die Landwirtschaft nutzbare fruchtbare Landfläche geworden ist. Wo früher Wasser war, sind neue Siedlungen entstanden.⁵⁶⁹

Für das Schrumpfen des Tschadsees gibt es mehrere Gründe, entscheidend ist aber wohl die Änderung der klimatischen Verhältnisse. Das Klima wandelt sich ständig in mehr oder weniger großen Abständen.⁵⁷⁰ Wenn es an den Oberläufen der Flüsse zu wenig regnet, hat das natürlich Auswirkungen auf den Pegel des Sees. Der Mensch schließlich greift in zunehmendem Maße mit ein. Von Bedeutung ist die intensivere Nutzung des Wassers und der Zuflüsse durch die Landwirtschaft und zur Trinkwasserversorgung.^{571 572}

US-Wissenschaftler haben das dramatische Schrumpfen anhand von Satellitenbildern mit einem Klimamodell verglichen, wie sie im *Journal of Geophysical Research* schreiben. Demnach hatte die Oberfläche des maximal nur sieben Metern tiefen Sees allein zwischen 1966 und 1975 um 30 Prozent abgenommen. Das wird auf

lange Trockenheiten in dieser Zeit zurückgeführt. In den Monsunperioden fällt zu wenig Niederschlag. Die landwirtschaftliche Bewässerung habe in diesen Jahren nur mit fünf Prozent zur Austrocknung des Tschadsees beigetragen, stellten Michael Coe und Jonathan Foley von der University of Wisconsin-Madison um die Jahrtausendwende mit einem Klimamodell fest.⁵⁷³ Dann allerdings ist der Wasserbedarf der Landwirtschaft – vor allem durch künstliche Bewässerung – bis Mitte der 1990er Jahre um das Vierfache gestiegen. Das habe ganz erheblich zur weiteren Austrocknung des Sees beigetragen. Und bei allen großflächigen und gleichzeitig flachen Seen ist die Verdunstung bei Temperaturen wie am Tschadsee eine relevante Größe.

Viele ehemalige Fischer und Bauern landen schließlich in den Städten. Vor der 25 Millionen-City Lagos liegen die schwimmenden Slums, ein Moloch aus Hütten auf Stelzen im Brackwasser der nigerianischen Lagune am atlantischen Ozean. Es ist eine Kloake aus Abfällen, Fäkalien und Salzwasser. Die schwarze Brühe ist lebensgefährlich.^{574 575}

Und der Meeresspiegel steigt. Man schätzt, dass in diesen Slums eine Million Menschen lebt, weil sie in den Elendsvierteln an Land keinen Platz mehr gefunden haben. Eine geordnete Wasserversorgung gibt es hier genauso wenig wie eine Lösung für die Masse an Müll und Fäkalien. Das ist die eine Seite von Lagos. Die andere sind Glaspaläste, Banken, Hochhäuser, Betonburgen. Denn Nigeria hat viel Öl, dessen Erlös aber nur bei wenigen Menschen und ihren Clans und Seilschaften ankommt. Afrika ist eigentlich ein ressourcenreicher Kontinent. Doch die Masse der Einwohner hat nichts davon. Nigeria ist ein gutes Beispiel dafür. Stattdessen führen Öl oder andere Ressourcen zu weiterer Ausbeutung, zu Kinderarbeit, Krieg, und Verwüstung, zu Überfällen der Nachbarstaaten und ausufernder Kriminalität und Korruption. Die Unternehmen halten sich Söldnerscharen. Das gilt ganz besonders für Nigeria und die Demokratische Republik Kongo.

Im April 2020 meldete der Tschad, dass sein Militär bei einem Antiterror-Einsatz in der Tschadsee-Region tausend Kämpfer von Boko Haram getötet hat. 52 eigene Soldaten seien dabei ums Leben gekommen. Zuvor hatte Boko Haram bei Angriffen 100 Soldaten des Tschad getötet. Die Meldungen von Überfällen, Anschlägen und Entführungen hören nicht auf. Am Tschadsee operiert die Terrorgruppe mit ihren Ablegern grenzüberschreitend zwischen Nigeria, Tschad, Niger und Kamerun, ebenso die Soldaten der Tschadsee-Anlieger. Nigeria als Ursprungsland von Boko Haram hat die Terroristen nicht ausschalten können. Der Staat und die Provinzverwaltungen leiden unter einem zunehmenden Kontrollverlust.^{576 577}

Im Nordosten grenzt Nigeria mit der Provinz Borno an den Tschadsee. In diese Provinz drängen viele Menschen aus den unwirtschaftlicher werdenden Regionen der Sahelzone, darunter Niger. Sie gelangen in die Städte in Borno, beispielsweise in die nigerianische Provinzhauptstadt Maiduguri, oder in die Städte im Tschad. Das zurückweichende Wasser und die Unsicherheit wegen der überall zuschlagenden Terroristen haben auch Handelsrouten zerstört. Zudem wachsen die Städte viel schneller als die Infrastruktur mithalten kann, und natürlich steigt der Nahrungsmittelbedarf.⁵⁷⁸ Maiduguri hat seine Einwohnerzahl seit Beginn der Terrorangriffe und der damit ausgelösten Fluchtbewegung in der Zivilbevölkerung mehr als verdoppelt und ist selbst Ziel zahlreicher Anschläge.

„Die knappen Wasserressourcen verschlimmern Armut, Hunger und Unsicherheit“, sagte Nigers Verteidigungsminister Mahamadou Karidjo auf der UN-Klimakonferenz in Paris.⁵⁷⁹ Die Jugend höre nicht mehr auf ihre Eltern und werde zur Zielscheibe für Boko Haram. Sie werde unter Drogen gesetzt, indoktriniert und brächte dann den Terror zurück in ihre Dörfer.⁵⁸⁰ Das ist nicht von der Hand zu weisen, auch wenn ein konkreter Zusammenhang nur schwer nachzuweisen ist. Auch entwicklungspolitische

Projekte über längere Zeiträume sind durch die terroristische Bedrohung gefährdet.^{581 582}

Seit rund zehn Jahren etabliert sich in Nigeria auch die salafistische Terrorgruppe Ansaru, die vorgibt, die Muslime in Schwarzafrika schützen zu wollen. Am gefährlichsten allerdings ist die Ausbreitung des Al-Kaida-Ablegers AQUIM (al-Kaida im Maghreb), der mit Boko Haram konkurriert. Sehr stark vertreten ist AQUIM in Mali, dort allerdings in Konkurrenz mit der sich in zwei Gruppierungen ausbreitenden IS-Terrormiliz. Ganz besonders betroffen ist das südlich angrenzende Burkina Faso. Dort frisst sich der Terrorkrebs förmlich hinein.

Die Terrormiliz Boko Haram rekrutiert frustrierte, wütende ehemalige Viehhirten und zahlt ihnen einen Lohn. Außerdem können sie bei ihren Überfällen plündern. Boko Haram verfolgt eine strenge Auslegung des islamischen Rechts, der Scharia. Inzwischen versucht aber auch die Terrormiliz Islamischer Staat, sich im Sahel zu etablieren. Boko Haram scheint dabei die Kooperation mit dem IS zu suchen.^{583 584 585} Bundesaußenminister Heiko Maas erklärte 2018, die Tschadsee-Region sei zum Tummelplatz für Terror-Gruppen wie Boko Haram und IS geworden, die letztlich auch die Sicherheit in Europa bedrohten. Man könne es sich nicht erlauben, wegzuschauen, „wenn die Nachbarn unserer Nachbarn destabilisiert werden“⁵⁸⁶

Die menschenverachtende Terrorgruppe Boko Haram stammt ursprünglich aus Borno in Nigeria. Sie war um die Jahrtausendwende zunächst als Protestbewegung gegen Korruption und Machtmissbrauch entstanden.^{587 588} Der Gründer von Boko Haram wurde vom nigerianischen Militär verhaftet und getötet. In den Jahren darauf mutierte Boko Haram zu einer brutalen radikalislamischen Terrortruppe. Der Kern der Gruppe mit ihrer steinzeitlich-religiösen Ideologie kam zumindest lange Zeit aus dem Stamm der Kanuri (auch Beriberi), die sich als Herrschaftsvolk in der Region betrachten. Die westlichen Werte und vor

allem die Christen werden von Boko Haram für die Misere in diesen Ländern verantwortlich gemacht. International bekannt wurde Boko Haram 2014 mit der Entführung von 276 Mädchen aus einer Schule im nigerianischen Chibok.⁵⁸⁹ Die Entführung der Chibok-Mädchen schlug weltweit Wellen.⁵⁹⁰

In den Medien ist es um die Terrorgruppe inzwischen ruhiger geworden, obwohl sie weiterhin eine Spur der Verwüstung hinterlässt. Allein 2017 wurden 454 Frauen und Mädchen als menschliche Bomben missbraucht, berichtete „netzfrauen.org“⁵⁹¹ im Februar 2018 unter Berufung auch auf Informationen der kolumbianischen Zeitung *El Espectador*⁵⁹². Bei diesen schrecklichen Taten kamen 1225 Menschen ums Leben. Weitere 232 Mädchen und Frauen seien festgenommen worden, bevor sie als menschliche Bomben in Nigeria, Kamerun, Tschad und Niger Unheil anrichten konnten.

Im Oktober 2019 präsentierte das Berliner Forschungs- und Beratungsinstitut Adelphi die Studie „Shoring Up Stability“ im Auftrag des Auswärtigen Amtes in Berlin. Erstmals zeigt eine wissenschaftliche Studie, wie der Klimawandel auf Sicherheitsrisiken wirkt und die humanitäre Krise der Region verschärft. Die Tschadregion befindet sich in einer Konfliktfalle, heißt es darin und nennt das, was dort geschieht, eine der schlimmsten humanitären Katastrophen. Nahezu elf Millionen Menschen benötigen Hilfe.^{593 594}

Konflikte zwischen den vielen Stämmen und Ethnien, religiöse Auseinandersetzungen und die bis in die Führungspositionen hineinwirkenden Stammesstrukturen und Rivalitäten zwischen den Präsidenten sowie Regierungsmitgliedern und -mitarbeitern haben in Verbindung mit ungeheurer Korruption, Vetternwirtschaft und rücksichtsloser Bereicherung das Vertrauen der Menschen in ihre Führungen erschüttert. Weder der Polizei noch den Soldaten trauen sie über den Weg. Viele Offiziere stehen im Verdacht, die Lage auszunutzen, um sich selbst zu bereichern. Sie

kassieren Handgelder, wenn Viehhirten die Grenzen auf ihren Wanderungen überqueren, und nicht selten verschwinden Lieferungen von Hilfsorganisationen.⁵⁹⁵

Was macht die internationale Gemeinschaft?

Die Adelphi-Studie zeigt, dass erst einmal die Ursachen für die Krisen und Konflikte am Tschadsee herausgearbeitet und dann Strategien entwickelt werden müssen, mit denen eine sich anbahnende Katastrophe verhindert werden könnte. In den vergangenen Jahrzehnten ist zur Genüge bewiesen worden, dass die Bekämpfung der Symptome auf Dauer allenfalls partiell gewisse Erfolge mit sich bringt. Letztlich müssen die Ursachen beseitigt werden. Wie lässt sich permanentes Staatsversagen und Missmanagement verhindern? Das eine hängt mit dem anderen elementar zusammen.^{596 597}

Es müssen Grundlagen dafür geschaffen werden, dass die Menschen in der Region bleiben und die Geflüchteten wieder in ihre Heimatdörfer zurückkehren können. Das ist natürlich leicht gesagt. Dazu ist langer Atem nötig und es kostet viel Geld. Eine funktionierende Infrastruktur ist ebenso nötig wie Schulen, Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Den Menschen müssen Alternativen für die Fischerei und in der Landwirtschaft geboten werden. Das benötigt funktionierende staatliche und administrative Grundlagen und die wirksame Bekämpfung der Korruption. Polizei und Militär müssen ordentlich bezahlt werden und es muss eine Art von Berufsethos entstehen. Dann muss den Staaten dabei geholfen werden, ihre Produkte auf dem Markt zu guten Preisen zu verkaufen. Nicht zuletzt gilt es Sicherheit herzustellen, indem organisierte Kriminalität – auch die Weiße-Kragen-Kriminalität und der Terrorismus – grenzüberschreitend bekämpft werden.

Die Lösung sei zuerst eine sicherheitspolitische, sagt Abubakar Bobboi Jauro, ehemaliger Chef der Tschadsee-Kommission, im DW-Interview.⁵⁹⁸ Die Staatsoberhäupter müssten zuerst die Re-

gion sichern und befrieden. Erst dann sei es möglich, die wirtschaftlichen und klimabedingten Probleme zu bekämpfen. Doch ein Faktor bleibt unberechenbar: Die Regenmenge muss weiter konstant bleiben, damit sich genügend neues Grundwasser bildet, sagt in dem Beitrag die Hydrologin Sara Vassolo von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Ressourcen. „Sollte es aber in den nächsten 15 Jahren große Dürreperioden geben, dann haben wir ein Problem.“

Nicht zuletzt geht es um die Mädchen und Frauen. „Wir dürfen nicht zulassen, dass Mädchen, die am stärksten von der Krise betroffen sind, durch alle Netze fallen“, sagt Hussaini Abdu, Länderdirektor von Plan Nigeria. Nach Angaben der Kinderhilfsorganisation Plan International brechen viele Mädchen in diesen Ländern die Schule ab, weil sie „verheiratet, schwanger oder vergewaltigt werden“. Dies berichtet beispielsweise eine junge Frau aus Kamerun in dem Report „Heranwachsende Mädchen in der Krise: Stimmen aus der Tschadsee-Region“.⁵⁹⁹ Die Kinderhilfsorganisation hat für den Bericht mehrere Hundert junge Mädchen in Nigeria, Niger und Kamerun befragt.⁶⁰⁰

Frauen und Mädchen sind in Afrika fürs Wasser zuständig. Männer holen kein Wasser, das ist unter ihrer Würde. Das bedeutet für die weibliche Bevölkerung sehr oft mehrstündige Hin- und Rückmärsche von Brunnen oder Zapfstellen. Schon kleine Mädchen müssen die Mutter dabei begleiten. Davon abgesehen, dass sie sich dabei oft schon sehr früh körperliche Schäden zuziehen, können sie deswegen nur sporadisch oder überhaupt nicht zum Schulunterricht, wenn er überhaupt angeboten wird. Das ist besonders fatal, weil es gerade an der Bildung und Ausbildung der Mädchen und Frauen hapert. So werden sie um wichtige Entwicklungsmöglichkeiten gebracht.⁶⁰¹ Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Schulspeisung. Auch sie ebnet beiden Geschlechtern den Weg zur Bildung. Für die Eltern ist es ein großer Anreiz, weil es ihnen bei der Ernährung ihrer Kinder hilft.

Das ist ein Grund, warum Analphabetismus unter der weiblichen Bevölkerung viel größer ist als bei Männern. Dabei setzt man gerade bei den Frauen auf Bildung, um die Armut zu überwinden und moderne Gesellschaften zu entwickeln. Frauen mit entsprechender Bildung haben die Chance, sich in diesen patriarchalischen Gesellschaften von den Männern unabhängig zu machen oder allein voranzukommen. Das gilt für Kenia ebenso wie für Tansania, Mali, Mosambik, den Tschad, Sudan oder Uganda, um nur einige afrikanische Staaten zu nennen. In islamistischen Staaten, in denen die Scharia angewendet wird, verwehren die Herrschenden den Mädchen und Frauen den Zugang zur Bildung oft grundsätzlich.

Auch die vielen Frühheiraten verhindern, dass die Mädchen länger zur Schule gehen, eine Ausbildung machen oder studieren können. So, wie umgekehrt der Zugang zu Bildung maßgeblich beeinflusst, ob ein Mädchen frühverheiratet wird oder nicht. Denn bei entsprechender Bildung wird sie zunehmend selbstbewusster und entscheidet selbst. Ärzte ohne Grenzen kennt die Probleme aus diesen Regionen. Sie retten flüchtende Mädchen ohne männliche Begleiter von Booten im Mittelmeer und sprechen mit ihnen. Den Erzählungen nach haben sie sich auf den Weg gemacht, um beispielsweise der geschlechtlichen Verstümmelung oder einer Zwangsheirat oder der Gewalt zu entgehen. Bildung hat enorme Auswirkungen auf Demografie und Lebensstandard. Gebildete Mädchen kennen ihre Rechte und wissen, was sie wollen.

Die Frage ist, ob der Tschadsee noch gerettet werden kann. Denn angesichts der großen Wasserentnahme, zu wenig Niederschlägen und gleichzeitig großer Verdunstung frisst die Wüste den Tschadsee und bedroht die Existenz von Millionen Menschen. Nüchtern gesagt: Es wird Staaten geben, die aufhören zu existieren. Immerhin gibt es inzwischen die von den See-Anrainern gegründete Tschadsee-Kommission, welche die Verwen-

dung des Wassers und das Management der Ressourcen am See koordinieren soll.^{602 603} Es ist ein Ansatz, doch wer nicht viel hat, kann letztlich auch nicht viel koordinieren. Die Kommission könnte aber ein Instrument werden, um geeignete Maßnahmen umzusetzen.

Geisterreiter und Kampf um letzte Weiden

Im Sudan ist man ebenso wie in Ägypten seit Menschengedenken an die jährlichen Überschwemmungen des Nils gewöhnt. Doch im Sommer 2020 war es anders. Der Nil ist wie immer angeschwollen, aber gleichzeitig stürzte das Wasser tagelang förmlich vom Himmel.⁶⁰⁴ Sintflutartige Regenfälle setzten große Teile des Landes unter Wasser, vernichteten die Ernte und ertränkten das Vieh, zerstörten Häuser und ganze Dörfer. Noch nie, seit der Pegelstand des Nils aufgezeichnet wird, soll der Nil eine solche Höhe erreicht haben. Das alles geschah, während sich nach dem Sturz von Machthaber Omar al-Baschir im Sudan eine Übergangsregierung etabliert hatte, die versucht, die schwere Wirtschaftskrise im Land zu bewältigen und die Nahrungsmittelversorgung zu verbessern. Hinzu kam die Corona-Pandemie. Im Sudan hungern Millionen von Menschen. Die Überflutungen, die auch die Hauptstadt Khartum am Zusammenfluss von Blauem und Weißem Nil trafen, vergrößerten die Not. Es fehlte an Trinkwasser und Nahrungsmitteln. In den Überschwemmungsgebieten vermischte sich alles – Fäkalien, Tierleichen, Abfälle und damit Krankheitserreger aller Art.⁶⁰⁵

Zwei der schlimmsten und langwierigsten Bürgerkriege sind in den vergangenen Jahrzehnten im Sudan ausgetragen worden, aber Ruhe ist noch nicht eingekehrt. In der Provinz Darfur sind Schätzungen zufolge durch Bürgerkrieg und Hunger bislang etwa eine halbe Million Menschen ums Leben gekommen. Im Unabhängigkeitskrieg im Südsudan waren es seit 1955 sogar drei Millionen Sudanesen. Neben politischen, ethnischen, religiösen und

wirtschaftlichen Ursachen liegt diesem Krieg auch ein Tauziehen um Ölfelder und Wasser zugrunde.

Wie bereits erwähnt, hat Ägypten im Konflikt um den Süden des Sudan kräftig mitgemischt. Kairo ging es dabei vor allem darum, sich einen – wenn möglich sogar wachsenden – Anteil am Nilwasser zu sichern. Ein weiterer souveräner Staat am Nil, der womöglich selbst einen Anteil fordert, also eine Abspaltung des Südens, lag überhaupt nicht im Interesse von Kairo. Das beste Mittel, um das zu verhindern, war daher das Schüren des Konflikts.⁶⁰⁶

Was Spaltungstendenzen und neue Staaten anging, befand sich Kairo auf einer Linie mit den anderen arabischen Ländern. Einen neuen Staat, der sich durch einen Bürgerkrieg vom „Mutterstaat“ abspaltete, wollten sie nicht dulden. Das hätte weiteren separatistischen Tendenzen Vorschub geleistet, es wäre ein „schlechtes Beispiel“ gewesen für Spaltungsgelüste in anderen Staaten. Doch seit 2011 ist der Sudan nun gespalten. Der Südsudan hat sich die Souveränität blutig erkämpft und ist zum selbstständigen Staat geworden.⁶⁰⁷ Das Leiden der Menschen allerdings geht weiter, denn es kehrte kein Frieden ein.

Der langjährige sudanesishe Diktator Baschir hat den Beinamen „Schlächter von Darfur“. Im April 2019 wurde er durch einen Militärputsch entmachteter. Er war es, der die berüchtigten arabischen Dschandschawid-Milizen im Konflikt um das sudanesishe Darfur angeworben hatte. Der Begriff ist eine Zusammensetzung aus „dschinn“, was „Geist“ bedeutet, und jdschawad, was „Pferd“ heißt. Also in etwa: die berittenen Geister/Teufel/Männer. Der Begriff versinnbildlicht die wie aus dem Nichts kommenden Überraschungsangriffe dieser Milizen, die meist in der Nacht Tod und Zerstörung bringen. Die Milizen richteten in Darfur große Verwüstungen an, sie waren für die Vertreibung Hunderttausender von Menschen verantwortlich und vor allem für unzählige Gräueltaten.⁶⁰⁸

Baschir hatte auch die Misseriya-Viehhirten angestachelt. Zwischen ihnen und den Bauern der Gegend war es in der Vergangenheit immer wieder zu Auseinandersetzungen um Wasserstellen und Weideland gekommen.⁶⁰⁹ Die Misseriya, die vor allem in der Region Darfur und Richtung Tschad leben, aber auch die Grenzen in die Abyei bei ihren Wanderungen überschreiten, ließen sich besonders leicht für den Kampf um die Abyei rekrutieren. Sie wollten nicht, dass sich die Abyei zusammen mit dem Südsudan abspaltet und damit ihr Wandergebiet durch eine Staatsgrenze geteilt würde. Das würde die Suche nach Weideland und Wasserstellen massiv einschränken. Hier überschneidet sich der Konflikt mit dem ethnisch-religiösen Konflikt zwischen dem arabisch-muslimischen Norden des Sudan und den überwiegend im Süden lebenden schwarzafrikanischen Christen und Animisten.^{610 611 612}

Der Darfur-Konflikt ist einer der blutigsten und opferreichsten in Afrika. Die Schätzungen über die Zahl der Toten gehen bis über eine halbe Million Tote und drei Millionen Vertriebene. Die blutrünstigen Dschandschawid-Reiter begingen – unterstützt, koordiniert und gezielt von der Regierungsarmee eingesetzt – Verbrechen aller Art, darunter Massenvergewaltigungen.⁶¹³ Die Dschandschawid haben wie die Misseriya in der Abyei die Zivilbevölkerung terrorisiert, unzählige Dörfer zerstört und Menschen getötet, misshandelt und verstümmelt. Sie betrieben eine Art von ethnischer Säuberung; sie wollten namentlich die bäuerlichen, überwiegend sesshaften Fur von ihrem Land vertreiben. Daher versuchten sie ganze Dörfer dem Erdboden gleichzumachen. Sie vernichteten die Ernten, verbrannten Bäume und Buschwerk und zerstörten Wasserstellen. Die Bauern sollten nicht mehr zurückkehren wollen. Schließlich organisierten sich auch die Fur, die mit ihren Gegnern nicht wenig zimperlich umgingen.⁶¹⁴

Als ein wichtiger Grund für die Konflikte in Darfur werden vor allem die klimatischen Veränderungen angeführt, die die Hirten

zu anderen Wanderrouten und in andere Weidegebiete zwingen. Vieh züchtende Nomaden und sesshafte Bauern lebten in Darfur wie in anderen Regionen im Sahel schon immer nebeneinander. Früher war in den praktisch grenzenlosen Ländern trotz der kargen Landschaft für alle genug Raum und Weidefläche sowie Wasser vorhanden. Oft wurde kooperiert und gegenseitig geheiratet.

Die durch die Klimaänderungen hervorgerufene Wüstenbildung und das starke Bevölkerungswachstum führte in den 1970er Jahren und dann – sich steigernd – in den 1980ern des vorigen Jahrhunderts zu immer häufigeren Ausbrüchen von Gewalt. Schnell lag die Waffe parat, wenn es Streit gab. Die Bauern mussten mehr produzieren, ebenso wie die Viehzüchter. Die vorhandenen Ressourcen reichten regional nicht mehr für beide Bevölkerungsgruppen aus. Arrangements waren schwierig, Zäune behinderten die Nomaden. Und die Bauern nahmen ihnen immer mehr Weidefläche, wandelten es um in Ackerland, das für die Nomaden nutzlos ist, und zäunten es ein. Die Zahl der herumziehenden Binnenflüchtlinge, die man in Lagern zu sammeln versuchte, verschärfte die ohnehin angespannte Lage.

Die Auseinandersetzungen zwischen Nomaden und Kleinbauern um Wasser, Weide- und Ackerflächen hatten schon bis Mitte der 1980er Jahre an Heftigkeit und Zahl zugenommen. Der Bürgerkrieg in Darfur tobte bereits, als es 1984 im Süden zu einer katastrophalen Hungersnot kam. Dürreperioden in den 1970er Jahren und dann wieder von 1983/84 an spitzten die Lage zu. Nomaden überfielen Bauerndörfer, töteten die Bewohner und brannten die Hütten nieder. Umgekehrt lauerten Bauern den Viehhirten auf. Eingesetzt wurden dabei noch traditionelle Waffen wie Speere und Hacken.

Die Welt reagierte erst spät auf die Brutalitäten in Darfur, denn im Frühjahr 2003 begann der Irakkrieg und zog die volle Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich. Erst 2004 verabschiedete der UN-Sicherheitsrat eine Resolution, in der von

Khartum das Ende der Kämpfe in Darfur gefordert wurde. Die Resolution verpuffte. Die Milizen ließen sich nicht entwaffnen. Ein 2004 geschlossenes Friedensabkommen hielt nicht. Immer mehr Menschen kamen im Tschad an.⁶¹⁵ Die 2007 unter dem neuen UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon eingesetzte UN-Friedensmission UNAMID (United Nations African Union Mission in Darfur) setzte sich aus UN-Blauhelmen und Truppen der Afrikanischen Union zusammen.⁶¹⁶ Ruhe kehrte bis heute nicht ein. Im April 2022 kam es erneut zu Überfällen auf Dörfer, die zahlreichen Menschen das Leben kosteten.